

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Zur Zukunft der Bundeswehr: 10 liberale Forderungen

Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand Deutschlands sind untrennbar mit der politischen Entwicklung Europas und der Welt verbunden. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik bleibt in erster Linie Friedenspolitik. Eine liberale Außen- und Sicherheitspolitik bekennt sich zur Verankerung Deutschlands in Europa und zu multilateralem Handeln im Rahmen der EU, der NATO und der Vereinten Nationen. Politische und nicht-militärische Maßnahmen Deutschlands und Europas sind zuerst darauf ausgerichtet, bewaffnete Konflikte zu vermeiden, vorzubeugen und gegebenenfalls schnell, gemeinschaftlich und flexibel auf Sicherheitsbedrohungen zu reagieren. Der Einsatz von Streitkräften bleibt immer das letzte politische Mittel. Liberale Sicherheitspolitik bedeutet auch, dass Deutschland militärisch nur dann handeln sollte, wenn dies gemeinsam mit den Partnern in der NATO und in der Europäischen Union auf der Grundlage einer klaren völkerrechtlichen Legitimation geschieht. Die Bundeswehr bleibt auch in Zukunft ein wichtiges und unverzichtbares Instrument dieser deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Daher wollen wir als Fraktion der Freien Demokraten die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr im Rahmen der Landesverteidigung für den Schutz Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger als auch für die Verteidigung unserer Bündnispartner erhalten und stärken. Daneben sind internationale Krisenvorsorge, Krisenverhütung und Krisenbewältigung weiterhin Einsatzrealität für die Bundeswehr. Hierfür sind auch künftig Anstrengungen in eine adäquate Materialausstattung und Ausbildung zu unternehmen. Durch die anhaltende Corona-Pandemie sind die Unterstützungsleistungen der Bundeswehr im Bereich der humanitären Hilfe und des Katastrophenschutzes als weitere Aufgabe für Streitkräfte in den Blickpunkt gerückt.

Die Bundeswehr benötigt für alle ihre Aufgaben moderne Strukturen, Prozesse und angemessene Personalumfänge, die dem stetigen Wandel der sicherheitspolitischen Herausforderungen und den Interessen unseres Landes auch künftig Rechnung tragen. Alle Konzepte zur Zukunft der Bundeswehr liegen auf dem Tisch. Das Weißbuch der Bundesregierung von 2016, die Konzeption der Bundeswehr und Fähigkeitsprofil der Bundeswehr von 2018 liefern die Grundlagen für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Sie stellen die Grundzüge, Ziele und Rahmenbedingungen sowie den qualitativen und quantitativen Anspruch an die Bundeswehr dar. Das bedeutet: wir wissen auf dem Papier, was wir wofür brauchen und wie viel

davon. Die eingeläuteten Trendwenden zu Material, Personal und Finanzen sollten dafür sorgen, dass diese Vorgaben vollumfänglich und zeitgerecht erreicht werden. Allerdings: Die Trendwenden funktionieren nicht ausreichend!

Beim Material ist die Truppe von einer materiellen Vollausrüstung weit entfernt. Trotz Verbesserungen herrscht Mangel in allen Bereichen. Vom Gesamtbestand der Kampfflugzeuge EUROFIGHTER und TORNADO waren laut letztem Bericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages beispielsweise weniger als die Hälfte der Maschinen tatsächlich flugfähig. Für die Gestellung der NATO-Speerspitze mussten laut Wehrbeauftragten im Jahr 2015 circa 15.000 Ausrüstungsgegenstände aus allen Bereichen des Heeres zusammengezogen werden. Laut Personalplanungen soll die Bundeswehr bis 2027 auf rund 203.000 Soldaten wachsen. Aktuell gibt es circa 185.000 Soldaten, die Streitkräfte wachsen insgesamt aber nur sehr langsam. Die demographische Entwicklung stellt auch für die Bundeswehr eine Herausforderung dar. Berichten zufolge rechnet die Bundeswehr damit, dass von den circa 760.000 Schulabgängern aus dem Jahr 2020, nur die Hälfte für die Bundeswehr geeignet sei. Darunter fallen Kriterien wie Staatsbürgerschaft, körperliche Fitness oder die Bereitschaft zum Soldatenberuf. Knapp jeder Vierte der geeigneten Schulabgänger müsste sich nach Berechnungen der Bundeswehr bei den Streitkräften bewerben, um den Bedarf zu decken. Bei der aktuellen Konkurrenz auf dem freien Arbeitsmarkt sind diese Ziele nicht realistisch. Bei den Finanzen hat das Verteidigungsministerium seinen Bedarf an Haushaltsmitteln zur Modernisierung der Bundeswehr für die nächsten 15 Jahre auf circa 130 Mrd. € taxiert. Hinzu kommt der Nachholbedarf im Bereich Cyber und Digitalisierung. So ist der Umstand, dass die Bundeswehr im Jahr 2020 beispielsweise immer noch mehrheitlich analog funkt, ein Zeichen des großen Aufholbedarfes. Die konsequente Digitalisierung von Prozessen, Abläufen und modernes Material hilft die Soldatinnen und Soldaten insgesamt zu entlasten, um jeden einzelnen Soldaten gezielt und effektiv einsetzen zu können. Im Rahmen der Planungen und Fortschreibungen der Grundlagenpapiere ist daher dringend das Wünschenswerte vom Notwendigen zu unterscheiden.

Struktur, Umfang und Ausrüstung der Bundeswehr müssen sich konsequent an den wahrscheinlichen Bedrohungen und Einsätzen der Zukunft sowie an Bündnisverpflichtungen orientieren. Dabei ist die Bundeswehr nach wie vor viel zu kopflastig und unterhält unter anderem zu viele Führungskommandos. Sie muss ihre Lern-, Anpassungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit erhöhen, um im Kampf, der zum Wesenskern von Streitkräften zählt, erfolgreich sein zu können. Die Diskrepanz zwischen den für die Auftragsbefüllung und den Einsatz notwendigen pragmatischen Lösungen und einer bürokratischen Besitzstandswahrung ist heutzutage oft unangemessen hoch. Daher fordert die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag folgende 10 Punkte zur Zukunft der Bundeswehr.

1. Die Armee stärker professionalisieren

Die Bundeswehr bestand Jahrzehnte in der Masse aus Wehrpflichtigen. Seit der Wandlung ihres Aufgabenprofils und der Aussetzung der Wehrpflicht, die wir nach wie vor unterstützen, ist sie nun eine Freiwilligenarmee. Großteils dienen nun Berufssoldaten und Soldaten auf Zeit. Diese Soldaten auf Zeit beenden nach ihrer Verpflichtungszeit ihren Dienst in den Streitkräften und kehren zurück ins Zivilleben. Durch den rasanten technologischen Fortschritt werden künftig verstärkt Spezialisten für die Bundeswehr benötigt, die auch länger als bislang ihre Expertise einbringen. Wir fordern daher, die Anzahl der Stellen für Soldaten auf Zeit mit einer Dienstzeit von 25 Jahren und für Berufssoldaten zu erhöhen. Im Gegenzug müssen die Maßnahmen für Zeitsoldaten zur Unterstützung der Wiedereingliederung ausgebaut werden. Die Bundeswehr muss ihr Personal noch stärker professionalisieren. Soldaten müssen, um sich die tiefgreifende Expertise überhaupt erst aneignen zu können, auch die Chance haben, durch die Schaffung neuer Ausbildungs- und Verwendungsreihen mehrere Jahre auf gebündelten Dienstposten zu arbeiten. Außerdem müssen die fixen Beförderungszyklen abgeschafft und stattdessen stärker die Leistung eines Soldaten entscheidend für das berufliche Vorankommen werden. Zusätzlich müssen Beförderungen auch stärker an Dienstposten gebunden werden. Im Zuge der Reform müssen zudem Laufbahnwechsel praxisnäher gestaltet werden und motivierten Soldaten, besonders den Mannschaften, mit hinreichend praktischer Erfahrung der "Aufstieg in der Truppe" ermöglicht werden. Viel zu oft müssen sich erfahrene Soldaten für den Aufstieg durch ein Labyrinth an Lehrgängen bewegen, deren Inhalte sie in der Praxis bereits erlernt haben, ohne dass dies bislang in irgendeiner Form zertifiziert worden ist. In diesen Fällen muss geprüft werden, ob eine verkürzte Zertifizierung anhand nachgewiesener praxisbezogener Kenntnisse möglich ist. Durch diese Maßnahmen können leistungs- und führungsstarken Soldaten neue Karrierewege aufgezeigt und die Attraktivität der Bundeswehr erhöht werden.

2. Bundeswehr demografiefest machen

Die Soldatinnen und Soldaten machen die Bundeswehr aus. Ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Motivation sind der Kern von einsatzbereiten Streitkräften. Genügend qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen, stellt daher die Hauptaufgabe der Zukunft dar. Trotz der eingeleiteten Agenda Attraktivität sind die Bewerberzahlen seit Jahren rückläufig. Viele relevante Dienstposten bleiben weiterhin unbesetzt. Insgesamt wächst die Bundeswehr nur langsam. Hinzukommen die Konkurrenz des freien Arbeitsmarktes und die demographische Entwicklung. Das ausgegebene Ziel der Trendwende Personal von 203.000 Soldaten im Jahr 2027 wird absehbar nicht erreicht werden. Es werden nicht belastbare, hohle Strukturen gebildet, da bereits aktuell der zu geringe personelle Aufwuchs dazu führt, dass jeder siebte Dienstposten unbesetzt ist. Daher fordern wir ein Umdenken: Die Bundeswehr muss

demografiefest gemacht werden. Die Schlagkraft und Einsatzbereitschaft von Streitkräften wird nicht mehr von der Personalstärke alleine bestimmt, sondern von den spezialisierten Fähigkeiten des Einzelnen im Verbund. Hochqualifizierte Soldatinnen und Soldaten sind entscheidend für das Fähigkeitsprofil der Bundeswehr. Illusorische Zielgrößen des Personalbedarfs der Bundeswehr führen nicht weiter. Deshalb gilt es sich auf das Machbare zu konzentrieren. Zudem sind die Einsatzverbände der Bundeswehr mit einer personellen Antrittsstärke von 110% vorzusehen, um ein personelles Fehl durch Lehrgänge, Krankheit etc. besser kompensieren zu können.

3. Vom Amt zurück zu Streitkräften: Effizienz und Entbürokratisierung

Verkrustete und schwerfällige Strukturen sowie überbordende Bürokratisierung sind ein mehrfach bestätigter Grund für die mangelnde Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Die "Verwaltung des Mangels" führte über Jahre hinweg zu bürokratischen Absurditäten, die die Soldatinnen und Soldaten im militärischen Betrieb erdrücken. Hier gilt es dringend entgegenzuwirken. Die Selbstbeschäftigung im Entscheidungsprozess als auch die diffuse Verantwortungsstruktur muss beendet werden. Deshalb müssen grundsätzlich alle Ebenen entbürokratisiert werden, wie in den Berichten des Wehrbeauftragten in den vergangenen Jahren mehr als deutlich wurde (Stichwort: "Bürokratiemonster Bundeswehr"), da nicht mehr die einzelnen Vorschriften sondern die Überorganisation des gesamten Apparats der Bundeswehr kritisiert wird. Außerdem soll zusätzlich durch Maßnahmen der Digitalisierung eine größtmögliche Effizienz der Strukturen erreicht werden. Dazu zählt auch eine straffere Organisation und Führung der Bundeswehr – dies beginnt im Bundesministerium der Verteidigung. Die militärischen Organisationsbereiche sollen wieder mehr Verantwortung tragen. Dazu sind NATO-weit übliche militärische Stabsstrukturen unerlässlich. Aber zeitgleich bedarf es einer engeren Verzahnung der militärischen Organisationsbereiche, um deutlich höhere Synergieeffekte für einsatzbereite Streitkräfte zu erzielen. Dazu sollte auch beispielsweise auf längere Sicht die Eingliederung des Zentralen Sanitätsdienstes in die Streitkräftebasis geprüft werden. Die Strukturen der Bundeswehr wurden jahrelang nach dem Grundsatz „Breite vor Tiefe“ konserviert. Im Ergebnis konnte die Bundeswehr damit alles ein bisschen, aber wenig nachhaltig. Die Refokussierung auf Landes- und Bündnisverteidigung muss zudem stärker berücksichtigt werden. Trotz des Bedarfs an dafür notwendigen Strukturen und verloren gegangenen Kapazitäten muss weiterhin durchweg und grundsätzlich geprüft werden, ob die Anzahl der Führungsebenen als auch die Vielzahl von zivilen und militärischen Ämtern und Stäben notwendig ist. Zehn Jahre nach der größten Strukturreform der Bundeswehr gilt es hier Entscheidungen zu überprüfen und mögliche Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Gleichrangigkeit von Internationalem Krisenmanagement sowie Landes- und Bündnisverteidigung verändert auch den Bedarf an Strukturen innerhalb der Bundeswehr. Zur

Neuordnung der Spitzengliederung, Unterstellungsverhältnisse und Führungsorganisationen im BMVg und der Bundeswehr ist ein neuer Erlass zu erarbeiten, der eine organisatorische und personelle Straffung des BMVg bei gleichzeitiger Aufwertung des Generalinspektors der Bundeswehr mit einem eigenen geeigneten Unterbau vorsieht. Der militärische Führungsrat ist das höchste militärische Gremium. Seine aktuell fehlenden Entscheidungskompetenzen sind zu prüfen. Aus dem Einsatz der Bundeswehr bei der Corona-Pandemie sind auch Schlüsse über Zuständigkeiten und Unterstellungsverhältnisse zu ziehen, um eine reibungslose und rasche Arbeit in der Katastrophenhilfe im Inneren gewährleisten zu können.

4. Umdenken bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Bundeswehr trägt eine bedeutende Verantwortung für die Sicherung von Freiheit und Menschenrechten weltweit. Aber im Laufe der Zeit wurde durch die Streitkräfte eine Vielzahl an Aufgaben und Einsätzen übernommen, deren Auswahl keine Priorisierung oder Strategie erkennen lässt. Dadurch entstanden aufgrund der Dauer der Einsätze zum Teil hohle Strukturen, überlastetes Material, fehlende Übungs- und Ausbildungskapazitäten sowie eine hohe Dienstbelastung der Soldatinnen und Soldaten mit einem Berg an Überstunden und Folgekosten. Wir fordern daher eine Entlastung der Bundeswehr. Die Bundeswehreinätze im Ausland sind grundsätzlich dahingehend zu überprüfen, wann ein Mandat beendet werden kann oder eine andere Art des Engagements beispielsweise in Form von Polizeieinsätzen oder ziviler Krisennachsorge zielführender ist. Außerdem ist eine klare Zielsetzung und Strategie – auch für das Ende eines Einsatzes – für die jeweiligen mandatierten Einsätze vor Entsendung der Soldatinnen und Soldaten zwingend erforderlich. Grundsätzlich müssen die Einsätze regelmäßig von internen aber auch unabhängigen Experten in ihren Fortschritt evaluiert werden. Dadurch werden die Einsätze nicht nur zielgerichteter, sondern auch unabhängiger von der Tagespolitik als auch parteitaktischem Kalkül. Ein separater Ausschuss des Deutschen Bundestages ("Entsendeausschuss") kann hier Abhilfe schaffen und dem Vernetzten Ansatz als auch der Eil- und Geheimhaltungsbedürftigkeit Rechnung tragen. Auch die Mandatierung ist reformbedürftig und muss weiterentwickelt werden, um einer möglichen tieferen europäischen Integration und transatlantischen Zusammenarbeit der Streitkräfte nicht im Wege zu stehen. Die mangelnde Umsetzung der Empfehlungen der Rühle-Kommission ist hier ein klares Versäumnis in den Regierungsfractionen. Grundsätzlich müssen außerdem die Mandate vorausschauender werden, um für die Soldatinnen und Soldaten eine bessere Planbarkeit zu ermöglichen und nicht unnötige Kosten aufgrund von Unsicherheiten des Abzuges zu generieren, wenn das Mandat erst wenige Tage oder Wochen vor Mandatsende verlängert wird.

5. Die Bundeswehr kann kein haushaltspolitischer Steinbruch sein: Verteidigungsausgaben steigern und Vollausrüstung konsequent durchsetzen

Die Bundeswehr plant in Jahrzehnten. Damit die Bundeswehr in der Lage sein kann, ihr gesamtes Aufgabenspektrum zu erfüllen, bedarf es deshalb kontinuierlicher haushalterischer Planungen. Mit dem 360-Grad-Ansatz der Bundeswehr müssen die Streitkräfte parallel Aufgaben von der repriorisierten Landes- und Bündnisverteidigung über internationales Krisenmanagement bis hin zur Katastrophenhilfe übernehmen. Damit sind die Planungen deutlich komplexer geworden. Die sogenannte Friedensdividende führte in den Jahren zuvor dazu, dass viele Entscheidungen verzögert oder gar nicht angegangen wurden. Deshalb bedarf es einer dringenden Modernisierung der Bundeswehr insbesondere beim Material. Die dafür benötigte Summe an Haushaltsmitteln hat das Verteidigungsministerium für die nächsten 15 Jahre auf 130 Mrd. € taxiert, die mit den aktuellen Steigerungen im Haushalt nicht ausreichend abgebildet sind. Insbesondere der große Nachholbedarf im Bereich Cyber-Fähigkeiten und Digitalisierung ist erschreckend. Auch die drastische Reduzierung der Bevorratung von Ersatzteilen verdeutlicht, warum eine kontinuierliche Finanzierung der Streitkräfte notwendig ist. Denn dadurch werden die Kosten nur über die Zeitachse auf Kosten der Einsatzbereitschaft verteilt. Das ist kontraproduktiv. Es wird deutlich, dass Einsparungen beim Verteidigungshaushalt stets nur kurzfristige Einsparungen sind, die als Konsequenz entweder höhere Kosten zu einem späteren Zeitpunkt oder dem Verlust der Fähigkeit der Bundeswehr verursacht. Daher müssen nun genügend Haushaltsmittel für eine tiefgehende Modernisierung und Auffüllung hohler Strukturen zur Verfügung gestellt werden. Diese Mittel müssen so ausgeplant werden, dass sie eine belastbare Grundlage für die Planungen der Bundeswehr darstellen. In diesem Zusammenhang müssen aber auch Sparpotenziale bei der Bundeswehr erkannt und konsequent umgesetzt werden. Damit einhergehend müssen alle Zusagen an die NATO in Form von Finanzmitteln und Fähigkeiten priorisiert eingehalten werden. Insgesamt fordern wir, dass Deutschland langfristig drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die 3D – defence, development and diplomacy – investiert.

6. Beschaffungsprozess endlich umfassend modernisieren

Die Ergebnisse der Trendwende Material sind ernüchternd. Trotz einem Plus von 12 Mrd. € seit Beginn der Trendwende und dem zweithöchsten Budget für Verteidigung in Europa ist die Einsatzbereitschaft des Materials weiterhin erschreckend. Ein Grundübel der Bundeswehr sind viel zu lange und komplexe Beschaffungsprozesse. Diese müssen rasch und umfassend modernisiert werden. Wir fordern Doppelstrukturen und bürokratische Hemmnisse in Bundeswehr und Verwaltung aufzulösen und digitalisierte Abläufe und schlanke Organisationen einzuführen. Außerdem muss eine Teilzusammenführung des Bundesamts für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr

mit dem Bundesministerium der Verteidigung in Berlin diskutiert werden, um diese Bereiche besser mit der Bundeswehr zu verzahnen und die Personalsuche zu erleichtern. Gleichzeitig muss neues qualifiziertes Personal in der Wehrverwaltung eingestellt werden. Die Regelungen und Vorschriften des Beschaffungswesens sind auf ihre Praxistauglichkeit zu prüfen. Es muss künftig sichergestellt sein, dass Steuergelder so eingesetzt werden, dass die benötigte Ausstattung zum bestmöglichen Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten zeitnah und kostengerecht bei ihnen ankommt. Fernziel ist die Europäisierung der Beschaffungsorganisationen. Ein deutsch-französischer Flugzeugträger ist weder aus militärischer noch industrieller Sicht sinnvoll.

7. Konsequenz multinational: Von der Kooperation zur Integration

Multinationale Zusammenarbeit muss der Kern der Bundeswehr sein. Denn zum einen haben viele europäische Staaten bei ihren Streitkräften ähnliche Probleme mit Haushaltsmitteln und Personal. Trotz gemeinsamer Einsätze und multinationaler Verbände hakt weiterhin die Europäisierung der Streitkräfte in Europa. Auch die Bundeswehr denkt in vielen Teilen noch zu wenig europäisch. Deshalb ist es notwendig, die Bundeswehr durch eine stärkere multinationale Verzahnung als Fundament auf den Weg zu einer Europäischen Armee auszurichten. Grundlegende Aspekte wie die Kooperationen innerhalb der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) als auch den Europäischen Verteidigungsfonds gilt es zu stärken und auszubauen. Ebenso soll die Integration der Streitkräfte innerhalb des Rahmennationen-Konzepts der NATO deutlich ausgeweitet werden. Auch sind die beiden Konzepte von "Pooling" (Aufgabenzusammenlegung) und "Sharing" (Aufgabenteilung) intensiver für die europäischen Streitkräfte zu nutzen, da dadurch nicht nur gemeinsame Fähigkeitslücken schneller und effizienter geschlossen sondern auch finanzielle Synergieeffekte erreicht werden können. So sollte ähnlich dem "European Transport Command" ein "European Fighter Command" aufgebaut werden, das beispielsweise das Air Policing über dem Baltikum übernehmen kann. Ähnliche Konstrukte könnten auch für maritime Seetransportkapazitäten auf europäischer Ebene eingerichtet werden. Notwendig und wichtig ist dabei eine Harmonisierung der Regelungen und Vorschriften innerhalb Europas. Hinzu kommt die verstärkte Ausrüstung der europäischen Streitkräfte mit einheitlichem gemeinsamen Material. Interoperabilität und Kompatibilität der europäischen mit den NATO-Streitkräften muss dabei immer gegeben sein – die engere Vernetzung der Streitkräfte dient damit jeweils der EU als auch der NATO. Somit ist die Stärkung der europäischen Säule dabei kein Gegensatz zu den bestehenden NATO-Strukturen, sondern Ergänzung und Ausdruck eines gestiegenen Verantwortungsbewusstseins der EU-Mitgliedstaaten innerhalb der NATO. Durch die Verschärfung der weltweiten Sicherheitslage durch völkerrechtswidrige Annexionen, die Erosion internationaler Rüstungskontrollabkommen, weiterer Kernwaffentests von nichtdemokratischen Staaten oder der Fortsetzung asymmetrischer Kriegsführungen dient die Einbindung der Bundeswehr in das Abschreckungsprinzip der NATO dem

glaubwürdigen Zeichen Deutschlands, dass ein Angriff gegen einen Bündnispartner als ein Angriff gegen das eigene Land betrachtet wird. Die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben, wie jüngst verschiedentlich gefordert, würde dieses Ansinnen konterkarieren, weswegen wir uns klar zu ihr bekennen. Die enge verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit dem NATO-Mitglied Vereinigten Königreich muss zudem auch nach dem Austritt aus der EU fortgeführt werden. Ebenso gilt es zu prüfen, ob militärische Organisationsbereiche, die eine untrennbare europäische Bedeutung haben, noch tiefgreifender zusammenarbeiten können, da Multinationalität auch in gemeinsamen Einsätzen kein Nebeneinander mehr sein soll. In Anbetracht dieser Schritte, von der Kooperation zur Integration, sollen künftig EU-Bürger vereinfacht in der Bundeswehr dienen können.

Die ideologisch motivierte Stilllegung von Waldflächen lehnen wir Freie Demokraten grundsätzlich ab. Verrottende Bäume stellen keinen Benefit für den Klimawandel dar. Im Gegenteil führen Waldstilllegungen sogar zu einer langsameren Bindung des CO₂ etwa dann, wenn Schädlinge sich ungehindert im Wald ausbreiten, wo bei einer naturnahen Waldbewirtschaftung dagegen befallenes Holz aus dem Wald herausgeholt werden kann. Auf diese Weise haben die Schädlinge, wie der Borkenkäfer derzeit in der Sächsischen Schweiz, die Möglichkeit, sich ungehindert auszubreiten. Deshalb fordern wir auch eine Abkehr von dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel der Bundesregierung, weitere Waldflächen in Deutschland sich selbst zu überlassen – vielmehr muss auch auf bereits stillgelegten Flächen eine restriktive Bewirtschaftung wieder ermöglicht werden, um ein Absterben des Waldes zu vermeiden.

8. Bedrohungen aus dem Cyberraum endlich ernst nehmen: Digitalisierung entschieden vorantreiben

Digitalisierung und Vernetzung von Waffensystemen sind entscheidende Aspekte moderner Kriegsführung. Damit ergänzt der Cyber- und Informationsraum die traditionellen militärischen Operationsräume als ein zentrales Gefechtsfeld der Zukunft. Die Bundeswehr wehrt täglich tausende Cyberangriffe ab. Deshalb muss sie im Verbund mit anderen Bundesbehörden schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, in diesem Operationsraum als Akteur erfolgreich zu bestehen. Ein wichtiger Schritt hierfür ist es, dass die Bundeswehr regelmäßig mit deutschen Behörden wie der Polizei, dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik oder den Nachrichtendiensten Notfallszenarien übt. In Krisenfällen müssen die Zuständigkeiten geklärt sein, um eine schnelle Handlungsfähigkeit zu gewährleisten. Die Bundeswehr muss dauerhaft in der Lage sein, Angriffsversuche flächendeckend früh erkennen und abwehren zu können. Aufgrund des schnelllebigen Umfelds des Cyber- und Informationsraums, muss auch die zur Verteidigung notwendige Soft- und Hardware flexibel beschafft oder selbst entwickelt werden können. Die mit der Betätigung im Cyber- und Informationsraum einhergehende Digitalisierung ist eine der vordringlichsten

Aufgaben der Bundeswehr, die es schnellstmöglich zu lösen gilt. Einer temporären und projektspezifischen Nutzung von externen Experten stehen wir nicht entgegen. Sofern eine längere Notwendigkeit besteht, muss das Ziel allerdings primär immer der Aufbau eigener Expertise sein. Unterstützungs- und Beratungsleistungen müssen regelmäßig kritisch geprüft und entsprechend angepasst werden. Im digitalen Zeitalter müssen auch die Strukturen innerhalb des Organisationsbereichs des Cyber- und Informationsraums unbürokratischer werden. Nur so kann eine schnelle und flexible Handlungsfähigkeit im Verteidigungsfall gewährleistet werden. Unbürokratische und digitalisierte Abläufe fördern sowohl die Personalgewinnung, als auch die Einsatzbereitschaft. Weiterhin muss der gesamte Apparat des Bundesministeriums der Verteidigung und seiner nachgeordneten Behörden verschlankt werden. Dadurch lassen sich Überschneidungen der Zuständigkeiten bei separaten Agenturen und Behörden, sowie überflüssige Spiegelpositionen und -referate vermeiden. Bei weitreichenden thematischen Überschneidungen müssen die betroffenen Agenturen und Behörden zusammengeführt werden, um die Abläufe und den Output zu optimieren. Zur Gewinnung von qualifiziertem Personal vom zivilen Arbeitsmarkt sind auch unkonventionelle Lösungen abseits von Laufbahnverordnungen und Beamtenrecht zu finden. Als gutes Beispiel können hierbei die Pilotprojekte im Kommando CIR gelten, bei denen IT-Offiziere schneller in verantwortliche Positionen befördert werden können. Die Bundeswehr muss attraktiver werden, um auch Bewerbungen der besten und fähigsten IT-Fachleute zu bekommen. Um das volle Potential unserer IT-Fachkräfte nutzen zu können, müssen auch Möglichkeiten abseits der dauerhaften Bindung an die Bundeswehr in Erwägung gezogen werden. Eng verknüpft mit den Bedrohungen aus dem Cyberraum ist die für unsere Streitkräfte kritische Infrastruktur im Weltraum. Neben den digitalen Angriffen durch Jamming, Hacking und Spoofing, die von staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren zur signifikanten Einschränkung unseren militärischen Fähigkeiten führen können, sind die weltweiten militärischen Entwicklungen von Antisatellitenwaffen zunehmend eine Bedrohung für unsere Streitkräfte. Durch diese Bedrohungen wird die hohe Verwundbarkeit der Bundeswehr durch Angriffe auf weltraumbasierte Infrastruktur deutlich. Deshalb müssen die Fähigkeiten der Bundeswehr zum Schutz der militärischen und zivilen Infrastruktur als Teil der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge mit den sicherheitspolitischen Herausforderungen Schritt halten. Dafür wollen wir nicht nur die zivile und militärische Forschung im Bereich Raumfahrt stärken, sondern auch mit unseren europäischen Partnern gezielter und auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

9. Die Bundeswehr in die technologische Champions League: Investitionen und Innovation

Streitkräfte müssen immer technologische Vorreiter sein. Denn eine vernachlässigte militärische Entwicklung kann ein signifikantes Risiko für die Bundeswehr darstellen. Somit dient eine unverzügliche und umfassende

Modernisierung der Bundeswehr dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten. Grundvoraussetzung für modernste Ausrüstung und Material sind hohe investive Ausgaben. Wir fordern deshalb diese Ausgaben so schnell wie möglich, orientiert an der Zielvorgabe der NATO, auf 20 Prozent zu erhöhen. Jedoch sollte in Anbetracht der Vorreiterrolle der Bundeswehr in Europa strukturell die Möglichkeit gegeben sein, diese Zielvorgabe zur Finanzierung und Realisierung von wegweisenden und technologisch vorausgehenden Waffensystemen wie FCAS oder MGCS auch überschreiten zu können. Denn aktuell verliert Deutschland – insgesamt aber insbesondere bei den Streitkräften – den technologischen Anschluss. Durch eine derartige Modernisierung stellen wir nicht nur eine notwendige technologische Überlegenheit sicher, sondern sparen auch Kosten für überteuerte Ersatzteile und Obsoleszenzbeseitigung bei veralteten Systemen. Zudem entstehen Synergieeffekte für die zivile Nutzung – und umgekehrt. Forschung und Entwicklung kann aufgrund der immensen Kosten aber keine rein nationale Aufgabe sein. Angelehnt an die amerikanische Defense Advance Research Projects Agency (DARPA) soll Deutschland innerhalb der EU eine militärische Forschungsbehörde gründen und finanzieren. Langfristig ist der Vorteil eine breite Streuung des Forschungsrisikos sowie aber auch die grundlegende Möglichkeit die europäischen Streitkräfte insgesamt zu stärken. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Verteidigungsinstitutionen der EU ist unerlässlich. Grundsätzliche Zielstellung ist es Innovationen frühzeitig in die Streitkräfte einzuführen. Dazu ist es auch notwendig innovative Start-Ups – militärisch wie zivil – intensiver einzubinden und zivil-militärische Synergien zu nutzen. Innovationsfähigkeit von Streitkräften wird im digitalen Zeitalter ein entscheidender militärischer Aspekt sein.

10. Anerkennung der Bundeswehr fördern und Attraktivität des Soldatenberufes steigern

Die Anerkennung der Gesellschaft für die Leistungen der Soldatinnen und Soldaten ist im hohen Maße motivierend für ihr Handeln. Die Angehörigen der Bundeswehr sollen eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Anerkennung ihres Dienstes erfahren. Angriffe auf offener Straße oder Ausschlüsse aus öffentlichen Einrichtungen sind inakzeptabel. Daher setzen wir uns dafür ein, künftig Gelöbnisse, Beförderungen und Verabschiedungsappelle in den Auslandseinsatz verstärkt in bzw. mit der Öffentlichkeit stattfinden zu lassen. Die öffentliche Sichtbarkeit kann auch durch von den Soldaten gern getragene moderne Uniformen gesteigert werden. Partnerschaften zwischen der Bundeswehr und Kommunen sind ebenso dazu auszubauen. Anreize für Unternehmen, ihre Beschäftigten für Reservedienstleistungen freizustellen, müssen zudem weiter erhöht werden. Dies ist besonders wichtig, da Reservisten als Multiplikator und Mittler in die Gesellschaft wirken und helfen, die Bundeswehr in die Mitte der Gesellschaft zu rücken. Die Grundbeorderung von sechs Jahren für alle ausscheidenden Soldaten ist dabei ein richtiger Schritt, um die personelle Grundlage für den zügigen Aufwuchs in einem möglichen

Bereitschafts-, Spannungs- oder Verteidigungsfall zu schaffen. Sie sollte im Friedensfall jedoch freiwillig bleiben. Zur Erfassung der Reservisten muss wieder ein funktionierendes Wehersatzwesen aufgebaut werden. Die Bedeutung einer starken Reserve als integraler Bestandteil der Bundeswehr hat sich auch im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie gezeigt. Jährlich sollte der Deutsche Bundestag außerdem eine Debatte über die sicherheitspolitische Lage und den Zustand der Bundeswehr führen. Diese dient auch der Verbindung zwischen Bundeswehr und Zivilgesellschaft. Zudem muss der Dienst bei der Bundeswehr so attraktiv gestaltet werden, dass sie genügend freiwilligen Nachwuchs erfährt. Daher fordern wir eine eigene Besoldungslaufbahn für Soldaten einzuführen. Diese kann auf alle Besonderheiten des Soldatenberufes eingehen. Besoldung und Zuschläge sind regelmäßig auf ihre Aktualität hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Ansprechpartner:
Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann MdB, verteidigungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227-78426, marie-agnes.strack-zimmermann@bundestag.de